

Antrag

**der Abgeordneten Dr. Anke Frieling, Dennis Thering, Dennis Gladiator,
Birgit Stöver, Prof. Dr. Götz Wiese (CDU) und Fraktion**

Betr.: Hamburg braucht einen Israel-Lehrstuhl

Nach dem terroristischen Angriff der Hamas auf Israel wird der Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft und auch an den Universitäten und Hochschulen in erschreckender Weise noch deutlicher sichtbar. Jüdische Studierende berichten über große Unsicherheit und monieren zu wenig klare Haltung (vergleiche <https://www.ndr.de/kultur/buch/Antisemitismus-an-Hochschulen-Erlebe-sehr-wenig-Haltung,hochschulen212.html>). Der Beauftragte für jüdisches Leben und die Bekämpfung und Prävention von Antisemitismus der Freien und Hansestadt Hamburg, Stefan Hensel, hat konkrete Vorschläge zur nachhaltigen Prävention von Antisemitismus im Nachgang der Terrorangriffe der Hamas auf Israel gemacht (vergleiche Pressemitteilung des Beauftragten für jüdisches Leben und die Prävention und Bekämpfung von Antisemitismus der Freien und Hansestadt Hamburg vom 9. Januar 2024). Darin adressiert der Beauftragte auch die Universitäten und Hochschulen. Er schlägt vor, dass sich alle Hochschulen, Universitäten und Schulen auf die Implementierung einer klaren und einheitlichen Definition von Antisemitismus verständigen. Konkret beinhaltet dies die Annahme der Arbeitsdefinition Antisemitismus der internationalen Holocaust-Remembrance-Alliance (IHRA). Die CDU-Fraktion unterstützt diese Forderung: Die Annahme der IHRA-Definition an allen Hamburger Hochschulen, Universitäten und Schulen würde einen klaren verbindlichen Standard bei der Erkennung, Benennung und Bekämpfung von Antisemitismus setzen. Gleichzeitig wird für alle Jüdinnen und Juden in unserer Stadt ein deutliches Signal gesetzt, dass Antisemitismus an Hamburger Hochschulen und Universitäten ab jetzt mit großer Ernsthaftigkeit und Nachdruck bekämpft werden soll. Der laxer Umgang mit den documenta15-Gastprofessoren im letzten Jahr hat an der Ernsthaftigkeit der Anstrengungen von Senat und Hochschule erhebliche Zweifel aufkommen lassen.

Darüber hinaus hätte die Wissenschaftssenatorin im Rahmen ihrer jüngsten Delegationsreise der Kultusminister- und Hochschulrektorenkonferenz nach Israel ihrer Ankündigung – die bestehenden Kooperationen im Hochschul- und Wissenschaftsbereich weiter zu stärken – Taten folgen lassen sollen. Es reicht nicht, symbolisch durch eine Reise die Solidarität mit Israel sowie den israelischen Partnern in der Wissenschaft zu bekunden und für eine Intensivierung sowie die Stärkung der deutsch-israelischen Kooperationen einzutreten. Absichtserklärungen müssen durch Maßnahmen unterlegt werden. So sollte aus Sicht der CDU-Fraktion alles Nötige in die Wege geleitet werden, um einen „Israel-Lehrstuhl“ an einer Hamburger Universität einzurichten. Dies wäre ein deutliches Signal. Die CDU-Fraktion fordert SPD und GRÜNE daher auf, sich in Absprache mit den Hamburger Universitäten und Hochschulen sowie gegebenenfalls Stiftungen für die Einsetzung eines „Israel-Lehrstuhls“ in Hamburg einzusetzen und hierfür entsprechende finanzielle Mittel als Anschubfinanzierung beziehungsweise dauerhaft bereitzustellen.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. sich für die Einrichtung eines „Israel-Lehrstuhls“, gegebenenfalls auch in Form einer Stiftungsprofessur, einzusetzen, hierfür infrage kommende Stiftungen zu identifizieren und mit diesen sowie den Hochschulen und Universitäten mit dem Ziel der Einrichtung des Lehrstuhls in Verhandlungen zu treten;
2. als Anschubfinanzierung die nötigen finanziellen Mittel bereitzustellen und eine entsprechende Finanzierung auch gesichert fortzuführen;
3. sich bei den Hochschulen und Universitäten für die Implementierung der Arbeitsdefinition Antisemitismus der internationalen Holocaust-Remembrance-Alliance (IHRA) einzusetzen;
4. der Bürgerschaft bis zum 31. Juli 2024 zu berichten.